



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Gedanken und Erinnerungen

Bismarck, Otto von

Stuttgart, 1905

VI. Die Annerionen, wenn auch nicht unbedingt geboten, so doch um des territorialen Zusammenhangs der preußischen Gebietstheile erwünscht.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-47477](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-47477)

VI.

Das nächste Geschäft war die Regelung unsres Verhältnisses zu den verschiedenen deutschen Staaten, mit denen wir im Kriege gewesen waren. Wir hätten die Annexionen für Preußen entbehren und Ersatz dafür in der Bundesverfassung suchen können. Se. Majestät aber hatte an praktische Effecte von Verfassungsparagraphen keinen bessern Glauben wie an den alten Bundestag und bestand auf der territorialen Vergrößerung Preußens, um die Kluft zwischen den Ost- und den Westprovinzen auszufüllen und Preußen ein haltbar abgerundetes Gebiet auch für den Fall des frühern oder spätern Mißlingens der nationalen Neubildung zu schaffen. Bei der Annexion von Hanover und Kurhessen handelte es sich also um Herstellung einer unter allen Eventualitäten wirksamen Verbindung zwischen den beiden Theilen der Monarchie. Die Schwierigkeiten der Zollverbindung zwischen unsern beiden Gebietstheilen und die Haltung Hanovers im letzten Kriege hatten das Bedürfniß eines unbeschränkt in einer Hand befindlichen territorialen Zusammenhangs im Norden von Neuem anschaulich gemacht. Wir durften der Möglichkeit, bei künftigen österreichischen oder andern Kriegen ein oder zwei feindliche Corps von guten Truppen im Rücken zu haben, nicht von Neuem ausgesetzt werden. Die Besorgniß, daß die Dinge sich einmal so gestalten könnten, wurde verschärft durch die überschwängliche Auffassung, die der König Georg V. von seiner und seiner Dynastie Mission hatte. Man ist nicht jeden Tag in der Lage, einer gefährlichen Situation der Art abzuhelpen, und der Staatsmann, den die Ereignisse in den Stand setzen, letzteres zu thun, und der sie nicht benutzt, nimmt eine große Verantwortlichkeit auf sich, da die völkerrechtliche Politik und das Recht der deutschen Nation, ungetheilt als solche zu leben und zu athmen, nicht nach privatrechtlichen Grundsätzen beurtheilt werden kann. Der König von Hanover schickte durch einen Adjutanten nach Nikolsburg einen

Brief an den König, den ich Se. Majestät nicht anzunehmen bat, weil wir nicht gemüthliche, sondern politische Gesichtspunkte im Auge zu halten hätten, und weil die Selbstständigkeit Hanovers mit der völkerrechtlichen Befugniß, seine Truppen nach dem jedesmaligen Ermessen des Souveräns gegen oder für Preußen in's Feld führen zu können, mit der Durchführung deutscher Einheit unvereinbar war. Die Haltbarkeit der Verträge allein ohne die Bürgschaft einer hinreichenden Hausmacht des leitenden Fürsten hat niemals hingereicht, der deutschen Nation Frieden und Einheit im Reiche zu sichern.

Es gelang mir, den König von dem Gedanken abzubringen, mit Hanover und Hessen auf der Basis der Zerstücklung dieser Länder und des Bündnisses mit den frühern Herrschern als Theilsürsten eines Restes zu verhandeln. Wenn der Kurfürst Fulda und Hanau, und Georg V. Kalenberg mit Büneburg und der Aussicht auf die Erbfolge in Braunschweig behalten hätte, so würden weder die Hanoveraner und Hessen noch die beiden Fürsten zufriedne Theilnehmer des Norddeutschen Bundes geworden sein. Dieser Plan würde uns unzufriedne und behufs Wiedererwerb des Verlorenen zur Rheinbündelei geneigte Bundesgenossen gegeben haben.

Auch eine so unbedingte Hingebung für Oestreich, wie sie Nassau bewiesen hatte, in der unmittelbaren Nähe von Coblenz, war eine gefährliche Erscheinung, besonders in der Eventualität französisch-österreichischer Bündnisse, wie sie sich während des Krimkriegs und der polnischen Wirren von 1863 in bedrohliche Aussicht gestellt hatten. Die Abneigung Sr. Majestät gegen Nassau war ein väterliches Erbtheil. Friedrich Wilhelm III. pflegte durch das Herzogthum zu reisen, ohne den Herzog zu sehn. Das Contingent des Herzogs hatte sich in der Rheinbundzeit in Preußen besonders unangenehm gemacht, und König Wilhelm I. wurde gegen Concessionen an den Herzog durch den leidenschaftlichen Widerspruch der Deputationen früherer nassauischer Unterthanen eingenommen; die stehende Rede

derselben war: „Schütze Se uns vor dem Fürste und sei' Jagdknechte“¹⁾).

Es blieben Friedensverträge zu schließen mit Sachsen und den süddeutschen Staaten. Herr von Barmbüler bewies dieselbe Lebhaftigkeit des Temperaments wie bei den Vorbereitungen zum Kriege und war der erste, mit dem der Abschluß gelang²⁾. Es handelte sich unter Anderm darum, ob wir, da Württemberg das preußische Hohenzollern in Besitz genommen hatte, jetzt, wie der König wollte, den Spieß umkehren und eine Vergrößerung Hohenzollerns auf Kosten Württembergs fordern wollten. Ich konnte darin weder für Preußen noch für die nationale Zukunft einen Nutzen sehn und hielt überhaupt das Vergeltungsprinzip nicht für eine vernünftige Basis unsrer Politik³⁾, die auch da, wo unser Gefühl verletzt war, nicht von der eignen Verstimmung, sondern von der objectiven Erwägung geleitet werden sollte. Grade weil Barmbüler uns gegenüber einige diplomatische Sünden auf dem Conto hatte, war er für mich ein nützlicher Unterhändler, und indem ich mich dazu verstand, die Vergangenheit zu vergessen, gewann ich durch den Vorgang Württembergs im Abschluß des Bündnisses (13. August) den Weg zu den andern.

Ich weiß nicht, ob Roggenbach bei den Friedensschlüssen im Auftrage des Großherzogs von Baden handelte, indem er mir vorstellte, daß Baiern durch seine Größe ein Hinderniß der deutschen Einigung sei, sich leichter in eine künftige Neugestaltung Deutschlands einfügen werde, wenn es kleiner gemacht wäre, und daß es sich deshalb empfehle, ein besseres Gleichgewicht in Süddeutschland dadurch herzustellen, daß Baden vergrößert und durch Angliederung

¹⁾ Vgl. die Botschaft vom 16. Aug. 1866, betr. die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstenthums Hessen, des Herzogthums Nassau und der Freien Stadt Frankfurt mit dem Königreich Preußen, Politische Reden III 50 ff.

²⁾ S. o. S. 68. 70.

³⁾ S. o. S. 66.

der Pfalz in unmittelbare Grenznachbarschaft mit Preußen gebracht würde, wobei auch weitre Verschiebungen in Anlehnung an preußische Wünsche, die dynastischen Stammlande Ansbach-Bayreuth wiederzugewinnen, und mit Einbeziehung Württembergs in Aussicht genommen waren. Ich ließ mich auf diese Anregung nicht ein, sondern lehnte sie a limino ab. Auch wenn ich sie ausschließlich unter dem Gesichtspunkte der Nützlichkeit hätte auffassen wollen, so verrieth sie einen Mangel an Augenmaß für die Zukunft und eine Verdunklung des politischen Blickes durch badische Hauspolitik. Die Schwierigkeit, Baiern gegen seinen Willen in eine ihm nicht zusagende Reichsverfassung hinein zu zwingen, wäre dieselbe geblieben, auch wenn man die Pfalz an Baden gegeben hätte; und ob die Pfälzer ihre bairische Angehörigkeit bereitwillig gegen die badische vertauscht haben würden, ist fraglich. Als vorübergehend davon die Rede war, Hessen für sein Gebiet nördlich des Mains mit bairischem Lande in der Richtung von Mischaffenburg zu entschädigen, gingen mir aus dem letztern Gebiete Proteste zu, die, obschon aus streng katholischer Bevölkerung kommend, darin gipfelten, wenn die Unterzeichner nicht Baiern bleiben könnten, so wollten sie lieber Preußen werden, aber von Baiern zu Hessen gemacht zu werden, sei ihnen unannehmbar. Sie schienen von der Erwägung des Rangs der Landesherrn beherrscht und von der Stimmenordnung am Bundestage, wo Baiern vor Hessen rangirte. In derselben Richtung ist mir aus meiner Frankfurter Zeit die Aeußerung eines preußischen Reservisten zu einem kleinstaatlichen erinnerlich: „Sei du ganz stille, du hast ja nicht einmal einen König.“ Ich hielt Aenderungen der Staatsgrenzen in Süddeutschland für keinen Fortschritt zur Einigung des Ganzen.

Eine Verkleinerung Baierns im Norden wäre dem damaligen Wunsche des Königs entgegengekommen, Ansbach und Bayreuth in der alten Ausdehnung wiederzugewinnen. Mit meinen politischen Auffassungen stimmte auch dieser Plan, so sehr er meinem verehrten und ge-

liebten Herrn am Herzen lag, ebenso wenig wie der badiſche überein, und ich habe ihm erfolgreich Widerſtand geleistet¹⁾. Im Herbit 1866 war eine Vorauſſicht über die zukünftige Haltung Deſtreichs noch nicht möglich. Die Eiferſucht Frankreichs uns gegenüber war gegeben, und niemandem war beſſer als mir die Enttäuſchung Napoleon's über unſre böhmischen Erfolge bekannt. Er hatte mit Sicherheit darauf gerechnet, daß Deſtreich uns ſchlagen und wir in die Lage kommen würden, ſeine Vermittlung zu erkaufen. Wenn nun Frankreichs Bemühungen, dieſen Irrthum und ſeine Folgen wieder gut zu machen, bei der durch unſern Sieg nothwendig hervorgerufenen Verſtimmung in Wien Erfolg hatten, ſo wäre manchen deutſchen Höfen die Frage nahe getreten, ob ſie im Anſchluß an Deſtreich, gewiſſermaßen in einem zweiten ſchleſiſchen Kriege, den Kampf gegen uns von Neuem aufnehmen wollten oder nicht. Daß Baiern und Sachſen dieſer Verſuchung unterliegen würden, war möglich; daß ein im Roggenbach'schen Sinne verſtümmeltes Baiern ſeine Revanche gegen uns im Anſchluffe an Deſtreich geſucht haben würde, war aber wahrſcheinlich.

VII.

Ein ſolcher Anſchluß würde vielleicht einen größeren Umfang gewonnen haben als die Welfenlegion, welche demnächſt unter franzöſiſchem Protectorate gegen uns Aufſtellung nahm. Daß dieſe im Jahre 1870, abgeſehn von einzelnen verkommenen Perſönlichkeiten, nicht mehr auf der Bildfläche erſchienen iſt, iſt zum großen Theile dem Umſtande zu verdanken, daß ſich Eingeweihte der in Hanover vorbereiteten Verabredung fanden, die mich von den getroffenen Vorbereitungen bis in's Einzelne benachrichtigten

¹⁾ Baiern trat im Frieden vom 22. Aug. 1866 nur das Bezirksamt Gerſfeld und einen Bezirk um Orb ab, nachdem eine Grenzregulirung zur Wahrung der ſtrategiſchen und der Verkehrsinteressen als erforderlich befunden worden war.